

STUTTMANN'S ST(R)ICHELEIEN

Nach 30 Jahren: Die Waffen der Grünen



KOMMENTARE



Jung bleiben!

30 Jahre Grüne: Etabliert und gezähmt?

► MARCO ROSE

Es ist der endgültige Verlust der Jugend, der den 30. Geburtstag zu einem für viele Menschen einschneidenden Erlebnis macht. Schaut man in die Gesichter grüner Spitzenpolitiker, stellt man fest, dass dies auch für Parteien und ihre Mitglieder gilt. Älter sind sie geworden, reifer sagen manche, und auch langweiliger. 30 Jahre nach ihrer Gründung sind die Grünen das, was sie nie sein wollten: Establishment.

Das birgt Gefahren, trotz großer Erfolge in den vergangenen Jahren. Grüne provozieren nicht mehr und sind vom revolutionären Geist der Gründerjahre weit entfernt. Sie sitzen an den Schalthebeln der Macht, regieren vielerorts längst gemeinsam mit Konservativen sowie Liberalen – und drohen dabei an den eigenen Ansprüchen zu scheitern.

Denn die Ökos dürfen eben nicht zu einer „FDP mit Fahrrad“ werden, wie die einstige Mitbegründerin Jutta Ditfurth unlängst ihre ehemaligen Parteifreunde beschimpfte. Dann bräuchte Deutschland sie nämlich nicht mehr.

Schließlich sind Themen wie Umwelt und Gleichberechtigung längst im öffentlichen Bewusstsein verankert – nicht zuletzt dank grüner Beharrlichkeit. In Sachen Gewaltlosigkeit erheben dagegen andere den Anspruch

auf das grüne Copyright: Mit Rot-Grün und der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg hat die Partei ihre pazifistische Unschuld und mit ihr die letzten „Fundis“ verloren. Und obgleich sich die Grünen traditionell als Fürsprecher der Bürgerrechte betrachten, haben sie zuletzt die Erfolge der Piratenpartei mehr oder weniger verdutzt beobachtet müssen.

Sind die Grünen mithin überflüssig geworden? Nicht, solange noch ein bisschen weiterlebt von jenem Gründergeist, der die Partei groß gemacht hat. Zwar reden heute Politiker jeglicher Couleur über Umwelt und das Klima, das politische Handeln entlarvt die meisten „Klima-Retter“ jedoch schnell als Trittbrettfahrer. Dabei müssen es nicht immer die großen Themen sein, wie der Atomausstieg oder ein Tempolimit auf Autobahnen. Oft sind es die Feinheiten, auf kommunaler oder landespolitischer Ebene, die den Unterschied machen.

Die Grünen sollten sich aber nicht in ihrer Rolle als Öko-Grahlhüter ausruhen oder sich an der neu gewonnenen Funktion als „Zünglein an der Waage“ berauschen. Grüne müssen wieder unbequem und frech werden, den Wählern und sich selbst etwas zumuten. Sie müssen einfach jung bleiben. ► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de



Mission des Rektors

Der Titel-Kampf um Dipl.-Ing. und Master

► AXEL BORRENKOTT

Ein Mann macht sich einen Namen. Plötzlich ist Ernst Schmachtenberg zwar nicht in aller Munde, hat sich aber schlagartig gehörig Gehör verschafft in der Szene, in der er bislang mehr oder weniger noch der Newcomer war. Seit knapp anderthalb Jahren Rektor der RWTH, hatte Schmachtenberg kaum Gelegenheit, sich bundesweit öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Die exzellenten Erfolge der Aachener Hochschule hat ihm sein Vorgänger hinterlassen, die Bewährungsproben für die nächste Runde stehen noch aus.

Und nun fordert Schmachtenberg in seiner Eigenschaft als neuer Präsident der führenden technischen Universitäten, den deutschen Diplom-Ingenieur „zu sichern“. Exzellentes Timing auf der auslaufenden Welle des erfolgreichen Bologna-Protests, den bislang die Studenten für die Rektoren ausgefochten hatten. Die „taz“ kommentiert den von ihm ausgelösten Titel-Kampf auf der ersten Seite, und der Spiegel schreibt: „Der Mann hat eine Mission“. Wow!

Aber was für eine Mission? Ist das wirklich eine vornehme Aufgabe unserer Zeit, sich „mit aller Kraft“ für den Erhalt eines sehr

deutschen Titels aus dem 19. Jahrhundert einzusetzen? Ist der Dipl.-Ing. wirklich „das Markenzeichen“ der deutschen Ingenieurausbildung, um das uns die ganze Welt beneidet, wie Ingenieure nicht müde werden zu betonen?

So etwas ist schwer nachzuprüfen – wie aber auch kaum vorstellbar ist, dass der Titel allein eine solche Bedeutung haben soll. Entweder man weiß in China oder den USA, was ein Abschluss an der RWTH Aachen oder der TU München wert ist, oder eben nicht. Dafür muss man sorgen. Schließlich hat Schmachtenberg vor wenigen Wochen in Peking selbst das hohe Lied auf den „Doppelmaster“ der TH und der dortigen Partneruniversität gesungen.

Eben deshalb ist es in der Tat wichtig, dass Schmachtenberg mit seinem Vorstoß klipp- und klarmacht: Wir brauchen hinreichend lange ausgebildete Ingenieure. Nicht der dreijährige Bachelor, sondern der Master sollte der Regelabschluss an der Universität sein. Und was spräche dagegen, diesen Mastern auch den Titel Dipl.-Ing. zu beschleunigen – wenn es denn so viel nützt wie behauptet wird? ► a.borrenkott@zeitungsverlag-aachen.de

Steuerstreit in einer Endlosschleife

In der Finanzpolitik haben sich CDU, CSU und FDP völlig in die Sackgasse manövriert. Keiner weiß, wie er hinauskommt – zumindest bis zur Wahl in NRW.

VON ANDRÉ STAHL

Berlin. Die Koalition hängt mit ihrem Steuerstreit in der Endlosschleife: Es gibt kein Vor und Zurück und wenig neue Argumente. Daran dürfte auch das Krisentreffen der Parteichefs am Sonntag kaum etwas ändern. Ein konkretes Ergebnis zu den angepeilten weiteren Milliarden-Entlastungen wird von der Runde mit Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Guido Westerwelle (FDP) nicht erwartet. Auch neue Rechenaufträge werden kaum für Entspannung sorgen. Nach der Steuerschätzung und der Landtagswahl in NRW im Mai dürfte der Konflikt ohnehin erst richtig in Fahrt kommen.

Alle Beteiligten pochen solange unverdrossen auf den schwarz-gelben Koalitionsvertrag, der die Wahlversprechen der „Wunschpartner“ irgendwie zusammenbringen musste. Schon damals war klar, dass für größere Steuergeschenke angesichts von Rekordschulden, strenger Schuldbremse, EU-Stabilitätspakt und anderer Reformvorhaben sowie Ausgabenplänen eigentlich kein Geld vorhanden ist.

Die Union war in die Koalitionsverhandlungen mit der Forderung nach Steuersenkungen von 15 Milliarden Euro gegangen – nach langem Streit zwischen CDU und CSU. Die Christsozialen wollten einmal Entlastungen von bis zu 25 Milliarden. Inzwischen ist die Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren Steuergeschenken gesunken und die CSU zum Mahner mutiert. Die Liberalen pochten auf 35 Milliarden Euro.

Am Ende wurden Steuersenkungen im „Gesamt volumen von 24 Milliarden Euro im Laufe der Legislaturperiode“ vereinbart. Diese jährliche Entlastung soll also bis Ende 2013 erreicht werden. Nach einem ersten Steuerpaket soll im nächsten Schritt die Einkommensteuer umgebaut werden: Zu einem System mit nur wenigen Stufen. Der Stufentarif samt Entlastung soll „möglichst zum 1. Januar 2011 in Kraft treten“.

Nach Rechnung der Koalitionäre stehen bis 2013 pro Jahr noch 19,5 Milliarden Euro an. Nirgendwo steht geschrieben, dass die Steuerlast komplett und sofort schon 2011 greift. Bei Steuersenkungen ist es ohnehin nie der Fall, dass sie gleich im ersten Jahr voll wirken – vielmehr steigt das Volumen allmählich. Wer auf diese

schlichte Tatsache verweist, wird mit dem Vorwurf des „Zurückruderns“ abgewatscht.

Union und FDP haben auch vereinbart, dass alle Koalitionsvorhaben unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Was nichts Ungewöhnliches ist und natürlich für alle Vorhaben gilt. Also unter anderem auch für das von der CSU geforderte umstrittene Betreuungsgeld von 150 Euro ab 2013, das Union und FDP noch beschließen müssten.

Längst wird auch im Finanzministerium darüber nachgedacht, die Steuerreform abzuspicken, zu verschieben oder – und das ist der eigentliche Knackpunkt – durch

„Die CSU stellt die von ihr ja selbst propagierte Steuerentlastung nicht im Kern in Frage.“

CSU-CHEF HORST SEEHOFER

Einsparungen zu finanzieren. Keiner der Koalitionspartner will als Erster aus der Deckung kommen und sich mit konkreten, unpopulären Sparvorschlägen vorpreschen. Vor der NRW-Wahl schon gar nicht.

Reichlich Stoff für Kürzungsvorschläge bietet der neue Subventionsbericht. Er listet 61 Finanzhilfen und 102 Steuervergünstigungen auf. Allein die Steuerprivilegien kosten den Bund in diesem Jahr 17,6 Milliarden Euro und den Gesamtstaat fast 29 Milliarden. Ökonomen haben sich schon einmal über die 20 teuersten Subventionen geäußert, auf ihren Sinn abgeklopft und vorgeschlagen, wo der Rotstift angesetzt werden kann. Der Aufsicht Betroffener ist programmiert. (dpa)

Deutschland reißt EU-Schuldenlatte

Deutschland hat 2009 die Schuldenlatte des EU-Stabilitätspakts knapp gerissen. Das Defizit von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen lag 2009 leicht über der maximal erlaubten Quote von 3,0 Prozent der Wirtschaftsleistung, verlaute te gestern aus Koalitionskreisen. Nach Angaben des „Handelsblatts“ betrug die Neuverschuldung 3,1 bis 3,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Die exakte Zahl wird das Statistische Bundesamt heute veröffentlichen. (dpa)

„Sozial ist, was Kaufkraft schafft“

Gewerkschaften gehen mit Fünf-Prozent-Forderung in die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst

VON STEFAN VETTER

Berlin. Heute beginnen die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Mit den Ländern hatten sich die Gewerkschaften bereits im vergangenen Jahr auf einen Zuschlag von insgesamt 4,2 Prozent verständigt. Für die Staatsdiener von Bund und Kommunen soll das Plus höher ausfallen. Das lässt schwierige Verhandlungen erwarten, denn die öffentlichen Kassen sind durch die Wirtschaftskrise arg strapaziert.

Was fordern die Gewerkschaften?

Das Gesamtpaket enthält eine Forderung von fünf Prozent. Darin verankert ist eine nicht näher definierte prozentuale Erhöhung der Bezüge für alle Einkommensgruppen. Außerdem verlangen die Arbeitnehmervertreter eine „soziale Komponente“, also einen festen Euro-Betrag, von dem insbesondere die unteren Einkommensgruppen profitieren würden. Dadurch

sollen die Verdienstunterschiede eingedämmt werden.

Was ist für ältere Mitarbeiter geplant?

Hier pochen die Gewerkschaften auf eine tarifliche Ersatzlösung für die zum Jahresende auslaufende Förderung der Altersteilzeit. Durch die Streichung der staatlichen Zuschüsse ist das Modell unattraktiv geworden. Bei der IG Metall gibt es bereits tarifvertragliche Festlegungen zur Altersteilzeit. Vom Umfang einer neuen Altersregelung im öffentlichen Dienst wollen die Gewerkschaften letztlich auch eine direkte Lohnerhöhung abhängig machen: Je besser die Regelung für Ältere, desto geringer könnte der Gehaltszuwachs ausfallen. Das gilt auch umgekehrt.

Wer handelt mit wem?

Die Beschäftigten werden durch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, die Gewerkschaft der Polizei sowie die Gewerkschaft Erzie-



Einige Christdemokraten kritisieren, Angela Merkel schwinde zu selten den Taktstock. Andere behaupten, sie dirigiere völlig falsch. Foto: dpa

In tiefer Sorge um das „C“

Konservative Katholiken kritisieren die Merkel-CDU

VON JUTTA WAGEMANN

Berlin. Pünktlich zur Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands ist die Debatte um das konservative Profil der Partei voll entbrannt. Die Unzufriedenheit war schon länger zu spüren. Vor allem, wer sich unter traditionellen Katholiken umhörte, merkte: Es knirscht im Verhältnis zur CDU.

Was bedeutet das „C“ noch in der Christlich-Demokratischen Union? Seit Angela Merkel 2005 die Regierungsgeschäfte übernommen hat, sind die konservativen Wählermilieus der Union verunsichert. „Manche fragen sich, ob sie noch in der CDU beheimatet sind“, sagt der badische CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiß. Weiß, der dem Kardinal-Höfner-Kreis, einem Zusammenschluss katholischer Unionsabgeordneter, angehört, trifft gerade im Südwesten der Republik auf Wähler, für die ein traditionelles Familienbild, der sonntägliche Kirchgang und Respekt vor dem Papst selbstverständlich sind. Eine andere Partei als die CDU zu wählen, war in diesem Milieu über Jahrzehnte undenkbar.

Diese CDU-Mitglieder mussten sich zuerst mit einer evangelischen, geschiedenen und wieder-

verheirateten Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden anfreunden. Dann mit einer Familienministerin, die „Vätermonate“ einführte. Und obendrein gab es noch die Kritik von Merkel am Papst.

Meisner und der Arbeitskreis

Einige Katholiken zogen Konsequenzen und gründeten im vergangenen November den „Arbeitskreis Engagierter Katholiken in CDU und CSU“. Der katholische Teil in der Union wolle sich wieder stärker zu Wort melden, sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete und Mitbegründer Norbert Geis. Die Union müsse sich wieder mehr anstrengen, damit Christen bereit seien, sie zu wählen. Nach Angaben des Sprechers des Kreises, Martin Lohmann, hat der Kreis inzwischen mehr als 600 Mitglieder.

Unterstützung erhielt der Arbeitskreis vom Kölner Erzbischof. Kardinal Joachim Meisner, der immer wieder der CDU mangelndes christliches Profil vorwirft, begrüßte die Gründung des Kreises. Nicht zufällig kursierte kurze Zeit später ein Papier in der CDU, in dem es hieß, die Partei vernachlässige ihr „C“. (epd)

sich gegen eine Aufwertung dieser Komponente. Ihr Argument: Der enge finanzielle Verteilungsspielraum müsse allen Beschäftigten zugute kommen und nicht nur einigen wenigen.

Wie begründen die Gewerkschaften ihre Forderungen?

Mit der Wirtschaftskrise. Um der Misere zu entkommen müsse die Binnennachfrage gestärkt werden. Und dafür bräuchten auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr Geld in der Tasche. Verdi-Chef Frank Bsirske bringt es auf die griffige Formel: „Sozial ist, was Kaufkraft schafft.“ Dagegen haben die Kommunen bereits damit gedroht, dass kräftige Personalkostensteigerungen zu einem Abbau der öffentlichen Dienstleistungen führen würden. Der Bund beschränkte sich bis dato auf eine allgemeine Mahnung: Bei der neuen Tarifrunde dürften „die Bäume nicht in den Himmel wachsen“, meinte Verhandlungsführer de Maizière.

Wo liegen die größten Streitpunkte?

Zunächst einmal natürlich im Umfang der Fünf-Prozent-Forderung, die nach Verdi-Angaben etwa 4,5 Milliarden Euro zusätzlich kosten würde. Ein anderer Streitpunkt ist der von den Arbeitgebern geforderte Ausbau einer leistungsgerechten Bezahlung. Nach einer früheren Vereinbarung soll der Anteil des leistungsabhängigen Entgelts bei acht Prozent liegen. Derzeit sind es nur ein Prozent. Die Gewerkschaften wehren